

Fragen

für die Fragestunde der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Juli 2010

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barnett, Doris (SPD)	52, 62	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 55
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	38, 39	Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	68, 69
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31	Lühmann, Kirsten (SPD)	32
Beckmeyer, Uwe (SPD)	79, 80	Marks, Caren (SPD)	72, 73
Bulmahn, Edelgard (SPD)	17	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Burchardt, Ulla (SPD)	5	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	26, 27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 36	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	49	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83
Dr. h. c. Erler, Gernot (SPD)	28, 29	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 81
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 87	Paula, Heinz (SPD)	40, 41
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	58, 59	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	53, 54	Rix, Sönke (SPD)	21, 22
Hagedorn, Bettina (SPD)	23, 24	Röspel, René (SPD)	12, 13
Hagemann, Klaus (SPD)	10	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	6, 7
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	1, 2	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 86	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	3, 4
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	67, 74
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Schmidt, Ulla (Aachen) (SPD)	15, 16
Koch, Harald (DIE LINKE.)	46, 47		
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	33		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	8, 9	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 37
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	65, 66	Thönnies, Franz (SPD)	19, 20
Dr. Sieling, Carsten (SPD)	45	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Steinbach, Erika (CDU/CSU)	44	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	75, 76
Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	63, 64

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

1. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD) Wie sind – vor dem Hintergrund der Antworten der Bundesregierung in der Fragestunde vom 1. Juli 2010, Plenarprotokoll 17/51 – die in den Medien zitierten Aussagen der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zu bewerten, denen zufolge sie die medizinische Fakultät der Universität Lübeck vor dem Aus bewahren und nicht mit ansehen wolle, wie der Studiengang abgewickelt werde, und welche konkreten Maßnahmen oder Initiativen hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung bzw. die Bundesregierung ergriffen, um diese Ankündigung tatsächlich umzusetzen?

2. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Hochschulrektorenkonferenz (Pressemitteilung vom 30. Juni 2010), laut der das Vorgehen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und die vorgesehene Schließung der Universität Lübeck als Bildungsbankrott gebrandmarkt und vor den fatalen Folgewirkungen gewarnt wird, und teilt die Bundesregierung darüber hinaus die Auffassung der Hochschulrektorenkonferenz, dass offensichtlich bestimmte Länder ihrem Auftrag der Zukunftssicherung nicht mehr nachkommen bzw. nachkommen können?

3. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Welche Maßnahmen wären aus Sicht der Bundesregierung geeignet und wünschenswert, um nach einer möglichen Schließung der Universität Lübeck die Region unter strukturpolitischen Gesichtspunkten zu stärken, und welche Kosten kämen schätzungsweise auf den Bund zu, um die langfristigen (ökonomischen und sozialen) Folgen einer Schließung der Universität Lübeck abzumildern?

4. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass mit dem schleswig-holsteinischen Sparpaket auch die exzellenten Studiengänge in Flensburg gefährdet sind, die in Kooperation mit der süddänischen Region realisiert und einzigartig in Deutschland und Europa sind, und welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung für das deutsch-dänische Verhältnis daraus?

-
5. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Praxis in Schleswig-Holstein bekannt, hinsichtlich der Anträge zur Exzellenzinitiative im Vorhinein politisch zu entscheiden, welche Hochschulen des Landes sich an dem Wettbewerb beteiligen können und welche nicht, und wie bewertet sie diese Praxis hinsichtlich der Sicherung eines wissenschaftsgesteuerten, allein exzellenzbasierten Wettbewerbs?
6. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, dass beim Pakt für Qualität in der Lehre der Bund die gesamten Kosten allein trägt und damit die Länder auf einem Kerngebiet ihrer Bildungszuständigkeit keinen eigenen Finanzbeitrag leisten?
7. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Welche Aufgabe sieht die Bundesregierung im Rahmen des Paktes für Qualität in der Lehre für die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, öffentlich angekündigte „Akademie für die Lehre“, oder verfolgt sie das Konzept nicht weiter?
8. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Aus welchen Gründen war es der Bundesregierung nicht möglich, ihre Ankündigung einzuhalten, vor dem Sommer 2010 und damit über ein halbes Jahr nach Vorlage ihrer Eckpunkte, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur besseren Anerkennung ausländischer Qualifikationen vorzulegen?
9. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Welcher weitere Prozess ist von der Bundesregierung vorgesehen, um mit den Ländern die Umsetzung des 10-Prozent-Ziels von Dresden, bis 2015 mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufzuwenden, sicherzustellen?
10. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung der Entwicklung in zahlreichen Bundesländern und Kommunen entgegenzuwirken, die aufgrund ihrer Haushaltslage wie in Presseveröffentlichungen z. B. in „SPIEGEL ONLINE“ vom 1. Juli 2010 („Extreme Haushaltsnot – Kommunen planen Schock-Programm“) dargestellt, insbesondere die Ausgaben für Bildung und Betreuung kürzen?

11. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war der rechnerische Anteil der Aktivität in der sogenannten Atomsuppe (HAWC) der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) vor Beginn des Verglasungsbetriebs, der auf die bestrahlten Brennelemente aus dem Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR) zurückzuführen ist, wenn man anhand der Abbrandwerte und Schwermetallmassen der an die WAK abgelieferten bestrahlten Kernbrennstoffe eine näherungsweise Abschätzung vornimmt, wie sie in Bundestagsdrucksache 16/14113, Antwort auf meine Schriftliche Frage 66, für den Anteil der Aktivitäten im HAWC aus den bestrahlten Brennelementen der kommerziellen Kernkraftwerke von der Bundesregierung vorgenommen wurde?
12. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- In welchen Programmen der Rubrik 1a des EU-Haushaltes sieht die Bundesregierung Einsparmöglichkeiten, um die Finanzlücke von 1,4 Mrd. Euro bei dem Projekt ITER wie vorgeschlagen zu schließen, und gibt es Programme, die von dieser Kürzung aus Sicht der Bundesregierung ausgenommen werden sollten?
13. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Aufgrund welcher Überlegungen ist die Bundesregierung zu der Entscheidung gelangt, künftig zur Finanzierung des ITER-Projekts auch Forschungsfördermittel aus dem EU-Haushalt verwenden zu wollen und damit eine schädliche Mittelkonkurrenz zwischen ITER, EURATOM und der Forschungsförderung zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

14. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mittel für „Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern“ sollen laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung 2011 bereitgestellt werden, und handelt es sich insgesamt um zusätzliche und nicht bereits anderweitig versprochene Mittel?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

15. Abgeordnete
Ulla Schmidt
(Aachen)
(SPD)
- Welche Planungen der Bundesregierung gibt es für die Fortführung des seit Mitte 2010 bestehenden Stipendienprogramms des Kompetenzzentrums Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) des Instituts für Auslandsbeziehungen, und aus welchen Haushaltstiteln bzw. aus welchen weiteren Mitteln soll die Fortführung gewährleistet werden?
16. Abgeordnete
Ulla Schmidt
(Aachen)
(SPD)
- Wenn eine prinzipielle Fortführung des Stipendienprogramms des Kompetenzzentrums AKBP des Instituts für Auslandsbeziehungen geplant ist, wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass es eine nachhaltige Wirkung entfalten kann, und in welcher Höhe sind Mittel für 2011 und die folgenden Jahre eingeplant?
17. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung zur Einführung einer Budgetierung der Zuwendungen an das Institut für Auslandsbeziehungen?
18. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Profiteure sowie die Herkunft der mindestens 3,18 Mrd. US-Dollar Bargeld, welche Medienberichten zufolge (z. B. THE WALL STREET JOURNAL vom 28. Juni 2010, die tageszeitung vom 29. Juni 2010) von Anfang 2007 bis Februar 2010 über den afghanischen Flughafen Kabul laut dem dortigen Zollchef ausgeflogen wurden als Bruchteil der insgesamt aus dem Land geschafften Gelder bei 13,5 Mrd. US-Dollar afghanischem Brutto sozialprodukt, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung zusammen mit anderen in Afghanistan engagierten Nationen gegen derlei ergreifen, insbesondere, um solch zweckentfremdende Unterschlagung deutscher und internationaler Finanzhilfen wirkungsvoll zu verhindern?
19. Abgeordneter
Franz Thönnes
(SPD)
- Welche Auffassung hat die Bundesregierung zu der in der Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ vom 26. Juni 2010 gegenüber der Tageszeitung „Flensburg Avis“ wiedergegebenen Einschätzung der dänischen Außenministerin Lene Espersen zu den von den Regierungen in Berlin und Kiel geplanten Kürzungen von Zuschüssen für die dänische Minderheit

in Schleswig-Holstein und die deutsche Minderheit in Dänemark, wonach sie besorgt sei, „wegen der schiefen Entwicklung“ bei den Zuschüssen für beide Minderheiten, von denen Dänemark inzwischen 70 Prozent aller Zuschüsse für beide Minderheiten leistet, und kann die Bundesregierung bestätigen, dass sich diese Prozentzahl von einem einstmals zwischen beiden Ländern gleichgewichtigen Zuschussverhältnis nun auf die genannte Prozentzahl entwickeln wird, wenn es bei den beabsichtigten Kürzungen bleibt?

20. Abgeordneter
Franz Thönnnes
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aus einer derartigen Verschiebung heraus resultierende Gefährdung des inzwischen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Bonn-Kopenhagener Erklärungen entstandenen guten Zusammenlebens und des Miteinanders der jeweiligen Minderheiten innerhalb und mit den Gesellschaften auf dänischer und deutscher Seite, und wie stellt sie sich zu der Aussage der dänischen Außenministerin „Das Ungleichgewicht darf nicht weiter zunehmen“, wie sie in der Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ vom 26. Juni 2010 wiedergeben wird?
21. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Steht nach Auffassung der Bundesregierung die Entscheidung der Landesregierung Schleswig-Holstein, wonach die öffentlichen Mittel für das Schulwesen der dänischen Minderheit ab 2011 von 100 Prozent auf 85 Prozent der Durchschnittskosten für Schüler an öffentlichen Schulen reduziert werden sollen, in Übereinstimmung mit dem am 29. März 1955 vom damaligen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Rahmen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen unterzeichneten Textes, insbesondere der Einleitung, Kapitel I Nummer 12 und Kapitel II Nummer 3, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entscheidung sowie deren Wirkungen in Bezug auf die deutschen Verantwortlichkeiten aus den Bonn-Kopenhagener Erklärungen?
22. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Entspricht nach Auffassung der Bundesregierung die in Frage 21 genannte Entscheidung der schleswig-holsteinischen Landesregierung den von der Bundesregierung im Vierten Monitoringbericht der Bundesrepublik Deutschland 2010 unterstrichenen minderheitenpolitischen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Europarat mit der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und der Sprachencharta?

23. Abgeordnete
Bettina Hagedorn
(SPD)
- Sind die im Nachgang des am 1. Juni 2010 im Auswärtigen Amt in Berlin stattgefundenen Treffens zwischen der Außenministerin des Königreichs Dänemark, Lene Espersen, und dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, bei dem auch über die seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung geplanten Kürzungen der Zuschüsse an die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig in Höhe von 4,7 Mio. Euro jährlich gesprochen wurde, wiedergegebenen Zitate in der Ausgabe der Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ vom 2. Juni 2010 zutreffend, wonach die dänische Außenministerin erklärte: „Ich habe diese Frage angerissen [...] Mein Amtskollege will Kontakt zur Landesregierung aufnehmen, welche Konsequenzen das hat“ und der deutsche Bundesminister entgegnete: „Ich kann bestätigen, was meine Amtskollegin gesagt hat. Selbstverständlich gehört es sich so, dass ich mir diese Sache jetzt noch einmal genau ansehen werde“, und hat der Bundesminister Dr. Guido Westerwelle sich inzwischen diese Sache noch einmal genau angesehen und wann mit wem in der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit welchem Ergebnis gesprochen?
24. Abgeordnete
Bettina Hagedorn
(SPD)
- Warum wird auf der Homepage des Auswärtigen Amts nicht genauso wie auf der Homepage des dänischen Außenministeriums über die Inhalte des Treffens vom 1. Juni 2010 zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, und der dänischen Außenministerin, Lene Espersen, mit Bezug auf die Gesprächsinhalte u. a. auch berichtet, dass der deutsche Bundesminister bezüglich der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung geplanten Kürzungen der Zuschüsse an die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig in Höhe von 4,7 Mio. Euro mit der Regierung in Schleswig-Holstein Kontakt aufnehmen will, und kann daraus geschlossen werden, dass, wenn nur über die anderen Gesprächsinhalte wie Afghanistan und der Vorfall vor Gaza auf der deutschen Homepage berichtet wird, das Thema der geplanten Kürzungen der Zuschüsse an die dänischen Schulen einen für die Bundesregierung geringeren Stellenwert als den auf der dänischen Seite hat oder ihr weniger berichtenswert erscheint?
25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Europäische Union nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber der international nicht anerkannten Regierung Somalilands hinsichtlich des Polizei- und Justizaufbaus sowie der Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschaftswahlen am 26. Juni 2010 Unterstützung geleistet, und

mit welchen Nichtregierungsorganisationen, die mit der Regierung Somalilands kooperieren, arbeitet bzw. arbeitete die Europäische Union nach Kenntnis der Bundesregierung hierbei zusammen?

26. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von den jüngst bekannt gewordenen Einschätzungen des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA zum iranischen Nuklearwaffenprogramm, und teilt sie die Einschätzungen?
27. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten eines substantiellen Angebots durch den Iran im Streit um dessen Nuklearprogramm, und welche außenpolitischen Initiativen plant die Bundesregierung, um noch vor dem geplanten Beschluss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten der EU am 26. Juli 2010 über EU-Maßnahmen gegenüber dem Iran zur Umsetzung und „maßgeblichen Erweiterung“ der entsprechenden Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu einem tragfähigem Ergebnis zu kommen?
28. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Stimmt es, dass sich die Bundesregierung im Europäischen Rat in der vergangenen Woche gegen die Eröffnung eines neuen Verhandlungskapitels mit der Türkischen Republik ausgesprochen hat, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung dieses Verhalten?
29. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr eines politischen Abdriftens der Türkei von den bisherigen westlichen Partnern, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, um einen solchen Prozess aufzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

30. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie definiert die Bundesregierung den Begriff der vernetzten Sicherheit?

31. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise werden und wurden von deutschen Behörden Erkenntnisse genutzt, die von Geheimdiensten von Staaten, in denen gefoltert wird, erhoben und nach Deutschland weitergegeben wurden, wie es Human Rights Watch in dem Bericht „No Questions Asked: Intelligence Cooperation with Countries that Torture“ (vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 29. Juni 2010, Seite 5 „Vergiftete Informationen“) darlegt, und plant die Bundesregierung, die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, die mit Methoden der Folter arbeiten, zu beenden?
32. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Wie kommt es zu der Diskrepanz, dass Roma, die von psychischen Erkrankungen, geistigen oder körperlichen Behinderungen betroffen oder potentieller Trumatisierung bedroht sind, in das Kosovo abgeschoben werden (wie die Experten in der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses am 28. Juni 2010 im Deutschen Bundestag einhellig berichteten), obwohl diese Faktoren rechtlich gesehen, sofern im Zielstaat die Behandlungsmöglichkeiten fehlen und dadurch eine erhebliche und konkrete Gesundheitsgefahr entsteht, ein Abschiebungshindernis darstellen?
33. Abgeordnete
Daniela Kolbe
(Leipzig)
(SPD)
- Treffen die Prognosen zu, dass dem Haushalt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etwa 30 Mio. Euro in diesem Haushaltsjahr fehlen werden, und was unternimmt das Bundesministerium des Innern, um diesen Fehlbetrag auszugleichen?
34. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, insbesondere angesichts der gerade veröffentlichten sinkenden Einbürgerungszahlen, Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa eine sogenannte Turboeinbürgerung nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland einzuführen, um die Einbürgerungszahlen zu erhöhen, und wenn nein, warum nicht?
35. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Gebühren für die Einbürgerung für Schüler/Schülerinnen, Studenten/Studentinnen und Rentner/Rentnerinnen in Höhe von 255 Euro zu senken oder zu streichen, und wenn nein, warum nicht?

36. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft die Aussage der Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Prof. Dr. Rita Süßmuth, in einem Schreiben vom 27. Mai 2010 zu, dass die Anzahl der Zulassungen zu Integrationskursen für so genannte Altzuwanderer wegen Einsparungen nicht nur von 67 000 in 2009 auf 53 000 in 2010, wie bislang bekannt, sondern um weitere 15 000 und damit im Jahresvergleich um fast 50 Prozent zurückgefahren werden soll, und inwieweit verträgt sich diese Entwicklung mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, nach dem Integrationskurse „quantitativ und qualitativ aufgewertet“ werden sollten?
37. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erklärung gibt die Bundesregierung dafür, dass ihr – gemäß ihrer Antwort auf meine Dringliche Frage vom 1. Juli 2010 (Plenarprotokoll 17/51, S. 5306 C) – keine „bestätigten“ Informationen über die Festnahme des deutsch-syrischen Staatsbürgers Rami M. am 21. Juni 2010 durch die pakistanischen Sicherheitskräfte vorliegen, obwohl der Festnahme die vorherige Übermittlung von Daten durch das Bundeskriminalamt an pakistanische Sicherheitsstellen zugrunde lag, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern zuvor an der Diskussion zu dieser Datenübermittlung beteiligt waren und obwohl ab dem 22. Juni 2010 (SPIEGEL ONLINE), 23. Juni 2010 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Hamburger Abendblatt), 26. Juni 2010 (Deutsche Presse-Agentur) sowie 28. Juni 2010 (DER SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung) mit präzise geschilderten Details von der Festnahmeaktion berichtet wurde sowie die pakistanische Polizei dies bestätigte, und mit welchen Aktivitäten wird die Bundesregierung sich über die Festnahme informieren sowie die rasche Freilassung des deutschen Staatsbürgers, seine Rückreise nach Deutschland bzw. seine Überstellung in deutsche Obhut zu erreichen versuchen?
38. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Bartels**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Einschätzung des Bundes deutscher Nordschleswiger bestätigen, wonach die derzeit angedrohten Kürzungen der Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark von Seiten der Bundesregierung, Schleswig-Holsteins und Dänemarks sich für 2011 nunmehr auf mehr als 2 Mio. Euro summieren, die bis 2014 auf 2,5 Mio. Euro ansteigen würden und eine Umsetzung den Wegfall von 40 bis 50 Stellen bedeuten würde?

39. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Bartels**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sich die Kürzungen aus dem Bundeshaushalt auf insgesamt 1,5 Mio. Euro belaufen, davon 1,3 Mio. Euro bei den Betriebsmitteln und 0,2 Mio. Euro bei den investiven Mitteln, und wenn ja, wie vertritt sie diese Kürzungen vor dem Hintergrund der von Deutschland in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 durch die Unterschrift vom damaligen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer eingegangenen Verpflichtungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

40. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Pläne der EU-Kommission, die Fahrgastrechte für alle Reisenden (auch die, die per Wasserfahrzeug, Bus oder Auto unterwegs sind) künftig weiter stärken zu wollen?
41. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Stärkung der Fahrgastrechte aller Reisenden, und wenn nein, warum nicht?
42. Abgeordneter
**Markus
Tressel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum verpflichtet die Bundesregierung die Fluglinien nicht gesetzlich, der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr beizutreten, wenn Kulanz und Service als unzureichend angesehen werden?
43. Abgeordneter
**Markus
Tressel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum werden Pauschalreiseanbieter nicht gesetzlich verpflichtet, ihre Kundinnen und Kunden über ihre Rechte und Reklamationsmöglichkeiten aufzuklären, wie es z. B. die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 für Flugreisende vorsieht?
44. Abgeordnete
**Erika
Steinbach**
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über aktuelle Gerichtsverfahren und Gerichtsverfahren der letzten drei Jahre in Deutschland, die mit Menschenhandel in Verbindung stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordneter
Dr. Carsten Sieling
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den für den G20-Gipfel in Toronto am 26./27. Juni 2010 vorgelegten Bericht der sogenannten Issing-Kommission, in dem nach Presseberichten (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 2010, S. 11) eine Bankenabgabe vorgeschlagen wird, die Einnahmen in Höhe von 5 Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands bzw. ca. 120 Mrd. Euro generieren sollte, und hält die Bundesregierung das von ihr vorgeschlagene Konzept einer Bankenabgabe mit erwarteten Einnahmen i. H. v. 1,2 Mrd. Euro p. a. vor diesem Hintergrund für angemessen?
46. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Einheitswerte nach den Wertverhältnissen zum 1. Januar 1964 (alte Länder) bzw. 1. Januar 1935 (neue Länder) bei der Berechnung der Grundsteuer zu unterschiedlichen Grundsteuermessbeträgen führen und damit der Gemeinde durch die unzeitgemäße Berechnungsgrundlage Grundsteuereinnahmen verloren gehen bzw. Steuerungerechtigkeiten entstehen, und welche Modelle zur Reform der Grundsteuer werden von der Bundesregierung in betracht gezogen?
47. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)
- Inwieweit nimmt die Bundesregierung Einfluss auf die ab Herbst 2010 tagende länderoffene Arbeitsgruppe zur Reform der Grundsteuer (Vorgabe der zu diskutierenden Reformmodelle etc.), und wie sieht der exakte Zeitplan zur Umsetzung der Grundsteuerreform aus?
48. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und wo wurde der „European Financial Stability Facility“-Rahmenvertrag durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet?
49. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Warum sind bis heute noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erreicht, obwohl dafür zur Währungsunion am 1. Juli 1990 ursprünglich ein Zeitraum von zehn Jahren erwartet wurde, wie der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Hans Tietmeyer, jüngst in einem Interview erklärte (vgl. WELT

ONLINE vom 30. Juni 2010) und die schnelle Währungsunion auch maßgeblich damit begründet wurde, dass es nur auf diese Weise möglich sei, rasch gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen?

50. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen finanziellen Beitrag sollen nach Auffassung der Bundesregierung bei den Maßnahmen zur Reduktion von „Ausnahmeregelungen der so genannten Ökosteuer, die zu Mitnahmeeffekten geführt haben“, mit denen zusätzliche Einnahmen von 1 Mrd. Euro im Jahr 2011 und von 1,5 Mrd. Euro in den Jahren 2012 bis 2014 erzielt werden sollen, Maßnahmen zur Vermeidung des Scheincontractings und die Reduktion des Spitzenausgleichs haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

51. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einem am 22. Juni 2010 eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen Hans-Joachim Metternich, ehemals Geschäftsführer der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), heute Kreditmediator der Bundesregierung, wegen des Verdachts der Untreue und des Betrugs im Zusammenhang mit der sog. Nürburgring-Affäre (vgl. beispielsweise Deutscher Depeschendienst vom 30. Juni 2010 „Neues Ermittlungsverfahren in Sachen Nürburgring“)?
52. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Sind entsprechende Presseberichte zutreffend, dass eine Einrichtung der Europäischen Kommission (Enterprise Europe Network) Informationen verbreitet, die geeignet sind, die deutsche Regelung zur Beschränkung der Freizügigkeit zu unterlaufen, indem sie zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Internet Informationen weitergibt, wie Arbeitsrecht in Mitgliedstaaten, hier ausdrücklich in Deutschland, umgangen werden kann, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Vorgehen der Generaldirektion des EU-Industriekommissars?

53. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung Pläne der EU-Kommission, Förderinstrumente der EU für die Tourismusbranche zu öffnen, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, sich in diesen Diskussionsprozess einzubringen?
54. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Welche Fördermöglichkeiten für die Tourismusbranche aus EU-Fonds für regionale Entwicklung und für die Entwicklung des ländlichen Raumes bestehen jetzt schon, und wird sich die Bundesregierung für eine Ausweitung auf die Tourismusbranche einsetzen?
55. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Nach welcher Bemessungsgrundlage hat die Bundesregierung die Höhe der von ihr beabsichtigten Brennelementesteuer festgelegt, und durch wen erfolgte die Festlegung?
56. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hat sich die Stromerzeugung nach Energieträgern im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt und wie die energiebedingten CO₂-Emissionen?
57. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, sich gegen Beihilfen und sonstige Subventionen für den Neubau von Atomkraftwerken in anderen Ländern einzusetzen, deren Energiewirtschaft und Industrie in Konkurrenz zur heimischen Energiewirtschaft und Industrie stehen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?
58. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) War der Wunsch der israelischen Regierung, zwei Korvetten in Deutschland bei Blohm & Voss in Auftrag zu geben und dafür eine deutsche Kofinanzierung zu erhalten, Gesprächsthema während der gemeinsamen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im Januar 2010?
59. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Hat die Bundesregierung der israelischen Regierung bezüglich des Wunsches, zwei deutsche Korvetten zu übernehmen, Zusagen gemacht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

60. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzen sich die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit zusammen, die an Beschäftigte in der Leiharbeitsbranche gezahlt werden, die aufstockendes Arbeitslosengeld II beziehen, die laut dem Sachverständigen der Bundesagentur für Arbeit, Christian Rauch, 10 Prozent der gesamten Leistungen für Aufstocker betragen, und wie hoch sind diese Leistungen insgesamt?
61. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass laut den neuesten Erkenntnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur 7 Prozent der vormals Arbeitslosen im Zweijahreszeitraum nach dem Einsatz in der Leiharbeitsbranche ein reguläres Arbeitsverhältnis außerhalb der Leiharbeit haben, und hält die Bundesregierung weiterhin daran fest, dass die Leiharbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument erfolgreich und unschädlich für reguläre Beschäftigungsverhältnisse ist?
62. Abgeordnete
**Doris
Barnett**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von tschechischen Firmen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Selbständige anmelden und so mit dieser Form der Scheinselbständigkeit die Sozialversicherungen in Deutschland bzw. Tschechien schädigen, und wie beurteilt die Bundesregierung den durch diese Praxis entstehenden, immer größer werdenden Niedriglohnsektor auf nationaler und europäischer Ebene, weil Unternehmen über das Aushebeln von Arbeitsrechtsbestimmungen Arbeitsleistungen (und damit auch Löhne) immer billiger anbieten?
63. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über soziale Verwerfungen in der Callcenterbranche, mit inzwischen circa 500 000 Beschäftigten, angesichts dessen, dass es in dieser Branche, mangels eines tariffähigen Arbeitgeberverbandes, keinen flächendeckenden Tarifvertrag gibt, Stundelöhne von 6 Euro und weniger gezahlt werden und es seit Jahren einen Lohndruck nach unten gibt, und inwiefern könnte ein armutsfester gesetzlicher Mindestlohn diesem Problem Abhilfe schaffen?

64. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen wird die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit im kommenden Jahr auf die Situation in der Callcenterbranche haben, und kann die Bundesregierung, sofern sie es ablehnt, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, zumindest gewährleisten, dass innerhalb der nächsten Wochen der nach dem Mindestarbeitsbedingungen-gesetz eingeführte Hauptausschuss für die Callcenterbranche einen Fachausschuss einrichtet, um soziale Verwerfungen in dieser Branche zu prüfen und gegebenenfalls festzustellen?
65. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wann und in welcher Weise wird die Bundesregierung, ausgehend von der UN-Behindertenrechtskonvention, eine Veränderung der Arbeitsstättenverordnung hinsichtlich des Kriteriums der Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Betroffenen vornehmen?
66. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Was muss aus Sicht der Bundesregierung getan werden, damit Menschen mit Behinderung, die einen Führerschein erwerben wollen und diesbezüglich von der Fahrerlaubnisbehörde aufgefordert werden, Gutachten bzw. Stellungnahmen von Ärzten oder anderen Sachverständigen hinsichtlich ihrer Eignung für das Führen von Kraftfahrzeugen beizubringen, die dabei entstehenden Mehrkosten erstattet werden?
67. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der Untersuchung und Publikation „Versorgungsamtsreport“ von Dr. med. Dieter Schneider bekannt, und wie bewertet sie diese hinsichtlich der Forderung, eine bundesweit einheitliche Bewertung des Grades der Behinderung zu ermöglichen?
68. Abgeordnete
Angelika Krüger-Leißner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass laut Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes die Preise seit 2005 insgesamt um 8 Prozent gestiegen, die Regelsätze im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch hingegen seit ihrer Einführung in 2005 durch Preissteigerungen faktisch um circa 5 Prozent gesunken sind, und beabsichtigt die Bundesregierung, dieser Regelsatzentwertung durch eine rückwirkende Anpassung zum 1. Juli 2010 zu begegnen?

69. Abgeordnete
**Angelika
Krüger-Leißner**
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), dass es keinen Grund gibt, mit einer Erhöhung der Regelsätze bis zur Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 zu warten, wenn ein verfassungsgemäßer Zustand durch eine Anpassung der Regelsätze im Umfang der Preissteigerungen schon zum 1. Juli 2010 möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

70. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Pläne der EU-Kommission, national zusätzliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen einzurichten zu wollen, die Position, dass die EU-Kommission keine weiteren Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen, auch nicht eine Neuzulassung für den Mais MON 810, erteilen soll, bevor der Schutz gentechnikfreier Regionen vor einem unerwünschten Anbau nicht rechtsverbindlich gesichert ist?
71. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Novelle des Gentechnikgesetzes in dieser Wahlperiode, und falls ja, wird sie dabei sicherstellen, dass Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen auch unterhalb des Kennzeichnungsschwellenwertes von 0,9 Prozent vermieden werden und im Schadenfall der Verursacher haften muss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

72. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Inwiefern plant die Bundesregierung eine unabhängige regelmäßige Erhebung der Bedarfsentwicklung von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten, um zu klären, wie hoch der tatsächliche Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ist und was kurzfristig getan werden muss, um diesen Bedarf an Betreuungsplätzen abzudecken, und wie schätzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ergebnisse des aktuellen „Ländermonitors Frühkindli-

che Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung ein, wonach eine Betreuungsquote von 35 Prozent an Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige ab 2013 nicht ausreichen wird, um den Bedarf an Plätzen zu decken?

73. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Plant die Bundesregierung verbindliche Vereinbarungen mit den Ländern, um die Steigerung der Ausgaben für frühkindliche Bildung zu gewährleisten und den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur voranzubringen, und falls nein, warum nicht?
74. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, in Deutschland individuelle Entschädigungen für die Opfer des Medikaments Contergan bzw. seines Wirkstoffes Thalidomid wie im internationalen Ausland nach dem Verursacherprinzip zu erwirken, und wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung von Opferverbänden, dass die Bundesregierung aufgrund der damaligen Überführung der Schadenersatzansprüche in einen Fonds nun auch für eine individuelle Entschädigung einzustehen habe und sie durch das damals fehlende Arzneimittelgesetz Mitverursacher sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

75. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung eine befristete Weiterführung der Verträge zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland auf der Grundlage des heutigen § 65b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) vor, ohne dass diese Verträge rechtlich vom Bundesrechnungshof oder von in der damaligen Ausschreibung unterlegenen Mitbewerbern angetastet werden können und ohne dass auch für diese befristete Weiterführung eine erneute Ausschreibung stattfinden müsste?
76. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Müsste ein solcher befristet verlängerter Vertrag zur Überbrückung der unabhängigen Patientenberatung auch für die kurze Übergangszeit beispielsweise den Start neuer Modellvorhaben vorsehen, da ja die derzeit gültige gesetzliche Regelung in § 65b SGB V

eine finanzielle Förderung lediglich im Rahmen von Modellvorhaben vorsieht, oder ist auch für eine solche befristete Vertragsverlängerung eine gesetzliche Neuregelung notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

77. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung die Kosten für die Machbarkeitsstudie zur A 99 – Südring München zur Hälfte übernommen, obwohl der Deutsche Bundestag 2004 „keinen Bedarf“ festgestellt hat, und auf welcher rechtlichen Basis hat sich die Bundesregierung an den Kosten beteiligt?
78. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtsgültigkeit von Umweltzonen bzw. die damit verbundene Anfechtbarkeit von Bußgeldbescheiden, und welche Konsequenzen zieht sie aus den kürzlich geäußerten Zweifeln an deren Gültigkeit aufgrund von juristischen Formfehlern?
79. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung die Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, (vgl. DVZ vom 22. Juni 2010, Seite 1) umsetzen, dass die Dividende i. H. v. 500 Mio. Euro der Deutschen Bahn AG (DB AG) zugunsten des allgemeinen Bundeshaushalts direkt in den Ausbau des Schienennetzes fließen werden, und wie begründet die Bundesregierung die inhaltliche Verknüpfung der Pläne für eine Dividendenzahlung der DB AG mit der Absichtserklärung, den gleichen Betrag in Höhe von 500 Mio. Euro aus dem bisherigen Etat des Bundes für die Schienenwege in die Straßeninfrastruktur fließen zu lassen (vgl. DVZ vom 22. Juni 2010)?
80. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem von den Eisenbahninfrastrukturunternehmen gemäß der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zum 30. April 2010 erstellten Infrastrukturzustands- und -entwicklungsbericht (IZB), und wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Bericht übermitteln?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

81. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern erwartet die Bundesregierung Auswirkung auf die weiteren Klimaverhandlungen und ihre eigene Glaubwürdigkeit in den Verhandlungen, sollte die Bundesregierung ihre Zusagen von Kopenhagen in den kommenden Haushalten nicht einhalten?
82. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die Emissionshöchstmengen für Ammoniak für 2010 eingehalten werden können – wie in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/1886 dargelegt wurde –, obwohl zum November 2009 der Viehbestand z. B. bei den Schweinen nur um 0,4 Prozent und die Hennenhaltungsplätze nur um 0,2 Prozent laut amtlicher Statistik abgenommen haben, die Referenzprognose des Umweltbundesamtes für 2010 eine Überschreitung von 60 000 t ergibt und zurzeit 900 Massentierhaltungsanlagen geplant oder beantragt werden, worauf allein in Niedersachsen 250 Anlagen entfallen?
83. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso beruft sich die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/1886, auf eine Schätzung, obwohl für die Emissionsinventare und Emissionsprognosen nach § 33 Absatz 3 der 39. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) (bzw. früher § 7 Absatz der 33. BImSchV) das Umweltbundesamt als nachgeordnete Behörde zuständig ist und hierzu auch die notwendige Referenzprognose erstellt hat?
84. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass ihr der „Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung zur Ausräumung immissionsrechtlicher Hinderungsgründe beim Neubau oder der Erweiterung von Tierhaltungsanlagen“ nicht bekannt ist – wie aus der Bundestagsdrucksache 17/1886 hervorgeht –, obwohl zumindest der Zweck dieses Erlasses in der Vorbemerkung der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/1670 ausführlich erläutert wurde und die Existenz dieses

Erlasses Gegenstand der Kleinen Anfrage war und die sich aus dieser Frage ergebenden Folgefragen nicht beantwortet werden konnten?

85. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass ihr das Gutachten des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Niedersächsischen Landtages im Auftrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das den „Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung zur Ausräumung immissionsrechtlicher Hinderungsgründe beim Neubau oder der Erweiterung von Tierhaltungsanlagen“ zum Gegenstand hatte, nicht bekannt ist – wie aus der Bundestagsdrucksache 17/1886 hervorgeht –, obwohl auf diesen in der Vorbemerkung der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/1670 hingewiesen wurde?
86. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt es, dass der Nationale Aktionsplan für Erneuerbare Energien der Bundesregierung einen Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf über 38 Prozent bis zum Jahr 2020 vorsieht, und soll dieser Aktionsplan Teil des Energiekonzepts der Bundesregierung werden?
87. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass den negativen Folgen, die sich aus der Sperrung der Mittel des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien sowie des nationalen Klimaschutzprogramms ergeben haben, adäquate positive Folgen an anderer Stelle ergeben haben, und falls ja, wie beziffert die Bundesregierung den aus ihrer Sicht erzielten Erfolg der Sperrung?